



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Heber, Arthur: Beiträge zur Politik des Fernen Ostens : ein
russisch-japanisches Bündnis.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

höhten Gegenwart und Zukunft zu. Aber von Herzen feiern wollen wir den entscheidenden diplomatischen Sieg über Frankreich, den Bismarck im Juli und August 1866 erringt. Dieses Triumphes wollen wir bei der fünfzigsten Wiederkehr des Tages von Nikolsburg vor allem gedenken, des Endes alter Gängelung unseres Vaterlandes durch den westlichen Nachbar. Wir stählen an dem Rückblick auf solche Vergangenheit unseren festen Willen, Frankreich für immer aufs Knie zu zwingen, das doch nur deswegen nach Revanche geschrien hat, weil es glaubte, die Zeiten deutscher Schwäche erneuen zu können.

Beiträge zur Politik des fernen Ostens

Von Dr. oec. publ. Arthur Heber

Ein russisch-japanisches Bündnis.



Im Jahre 1913 hat Rußland China dazu vermocht, der äußeren Mongolei unter ausdrücklicher Wahrung der chinesischen Oberhoheit autonome Rechte zu verleihen, und es durchgesetzt, daß der zuvor von ihm mit dem Hutuchtu in Urga geschlossene Handelsvertrag chinesischerseits anerkannt wurde. Im Laufe des europäischen Krieges ist es ihm gelungen, die Anerkennung von Bahn- und Telegraphen-Konzessionen zu erlangen, welche durch die äußere Mongolei nach dem eigentlichen China führen.

Im Mai vorigen Jahres kam dann zwischen China und Japan ein Abkommen zustande, durch das die Pacht seiner südmandschurischen Kolonie, einschließlich der südmandschurischen Bahnlinien, die im Jahre 1922 ablaufen sollte, auf 99 Jahre verlängert wurde, und das den Japanern Siedlungsrechte in der ganzen Südmandschurei gewährte, die in der Folge auch auf die östliche Mongolei, in der sich China zur Öffnung von Handelsplätzen verpflichtet hatte, ausgedehnt wurden.

In diesen Tagen haben nun Japan und Rußland ihre beiderseitigen Interessensphären in der Mandschurei und Mongolei durch ein Abkommen näher umschrieben und die Gelegenheit benützt, um in konsequentem Ausbau der russisch-japanischen Verständigung vom Jahre 1910 sich ihre so umschriebenen Rechte und Interessen gegenseitig gegen fremde Einmischung zu garantieren.

Dieses neue Abkommen, das auch nach Ansicht der englischen Presse einem Bündnisvertrage gleichkommt, hat, soweit es in Umrissen bekannt geworden ist, folgenden wesentlichen Inhalt:

1. In Ansehung der von Japan bereits geleisteten und für die Dauer des europäischen Krieges noch zu leistenden Lieferungen von Kriegsmaterial aller Art tritt Rußland an Japan die Verlängerung der südmandschurischen Bahn von Tschangtschun bis zum Sungari-Fluß in einer Länge von etwa fünfund-

siebzig englischen Meilen gegen eine Kaufsumme ab, die gegen die japanischen Forderungen für Kriegslieferungen in Anrechnung gebracht wird. Die Festsetzung der Kaufsumme scheint noch nicht endgültig erfolgt zu sein. Die Angaben schwanken zwischen vierzehn und zwanzig Millionen Yen.

2. Rußland gesteht den japanischen Untertanen in der Eisenbahnzone der ostchinesischen Bahn und in ganz Ostibirien die gleichen Handels- und Niederlassungsrechte zu wie seinen eigenen Untertanen.

3. Rußland anerkennt Japans Rechte und Interessen in der südlichen Mandschurei bis zum Sungari-Fluß und in der östlichen Mongolei. Japan anerkennt und garantiert Rußlands Rechte und Interessen in der Mandschurei nördlich des Sungari und in der äußeren Mongolei und verpflichtet sich, im Falle einer Gefährdung dieser Interessen während des europäischen Krieges auf Rußlands Wunsch daselbst Rußlands Interessen wahrzunehmen. Dafür verzichtet Rußland auf den weiteren Ausbau seiner militärischen Machtstellung am japanischen Meer. Wladiwostok soll nicht weiter ausgebaut werden und in Zukunft vorwiegend den Charakter eines Handelshafens haben, in dem die Japaner nicht mehr wie bisher Beschränkungen hinsichtlich des Aufenthaltes, der Niederlassung und des Handels unterworfen sind.

4. Rußland erkennt solche Maßnahmen Japans in China an, welche die Aufrechterhaltung des Friedens im Fernen Osten auf der Grundlage der Territorialintegrität und der Offenen Tür für alle Nationen bezwecken.

Sollte dabei eine dritte Macht oder eine Kombination von Mächten Japan hindernd in den Weg treten und dieses infolgedessen gezwungen sein, gegen dieselbe Stellung zu nehmen, so wird Rußland sich auf Japans Wunsch seinen Maßnahmen anschließen.

Dieses auf den Fernen Osten bezügliche Abkommen wäre merkwürdig einseitig, wenn Japan nicht gleichzeitig für die außerordentlich belangreichen russischen Konzessionen, die darin enthalten sind, in einer Form, die wohl im Hinblick auf bestehende Bündnisse gewählt wurde, Rußland ungefähr gleichwertige Gegenleistungen geboten hätte. Die Kriegslieferungen werden, soweit nicht auf andere Art Zahlung erfolgt ist, durch Abtretung der Bahnstrecke Tschangtschun—Sungari aufgewogen. Die Stellung, die Rußland darüber hinaus zu den japanischen Plänen einnimmt, insbesondere aber der Verzicht auf seine Macht am japanischen Meere legt die Vermutung nahe, daß Japan sich Rußland gegenüber in einem geheimen Sonderabkommen zu Gegendiensten verpflichtet hat. Rußland muß versuchen, sich für die Aufgabe seiner hohen politischen Ziele im Fernen Osten, nachdem es den eisfreien Hafen Port Arthur verloren hat, und auch Wladiwostok als militärischen und maritimen Stützpunkt Japan gegenüber nicht weiter ausbauen kann, anderwärts in Asien zu entschädigen und einen Ausgang zum Meere zu sichern. Dazu bietet die Kriegslage in Persien Gelegenheit, wo England unter dem Druck der Verhältnisse Rußland freiere Hand und gewisse Vorrechte, so unter anderem einen

Zugang zum Persischen Meerbusen zuerkennen mußte. Nur droht auch hier wie an den Dardanellen und am Bosporus eine scharfe Verkehrskontrolle und zwar seitens Englands, derselben Macht, die neben den Vereinigten Staaten Japans Plänen in China allein noch hinderlich im Wege steht. Bei einer etwaigen Auseinandersetzung mit England dieserhalb kann Japan Rußland im Hinblick auf die exponierte Lage Indiens sehr wertvolle Dienste leisten, aber auch Rußland kann Japan auf dem Wege über Wladivostok und Port Arthur im Bündnisfalle gegen England und Nordamerika nachhaltige Unterstützung gewähren. Erinnern wir uns daran, daß schon in den Jahren 1899 und 1900 England und die Vereinigten Staaten sich darüber verständigten, daß es keiner Macht gestattet sein soll, in China für ihren Handel eine Interessensphäre unter Ausschluß des Handels anderer Mächte zu reservieren. Denken wir ferner daran, daß die beiden Mächte im Frieden von Portsmouth ihre Interessen Japan gegenüber erfolgreich wahrnahmen, nachdem die russischen Absichten durch den Ausgang des Krieges durchkreuzt worden waren. Schließlich verdankt gerade die Verständigung von 1910, die zu dem jetzigen Abkommen zwischen Japan und Rußland erweitert worden ist, ihr Zustandekommen einem auf die mandchurischen Bahnen bezüglichen Neutralisierungsvorschlage des amerikanischen Staatssekretärs Knox und nicht zuletzt war die Haltung Juanshikais den Japanern gegenüber auf den Einfluß amerikanischer Ratgeber zurückzuführen. Welche Stellung England gegenüber Japans Absichten auf China einnimmt, ist bekannt. Trotzdem ist anzunehmen, daß England der Not gehorchend, zu dem vorliegenden Abkommen seine Zustimmung erklärt hat, nachdem Grey schon im Sommer 1911 im britischen Parlamente die besonderen Interessen Rußlands und Japans in der Mandchurei und Mongolei zugegeben hat.

Es kann also kein Zweifel darüber bestehen, was mit dem politischen Abkommen oder der Kombination gemeint ist, auf die sich der Geheimartikel im neuen russisch-japanischen Vertrage bezieht, zumal sich England bei Erneuerung der britisch-japanischen Allianz für den Fall eines Krieges zwischen Japan und den Vereinigten Staaten freie Hand vorbehalten hat. Sollte nicht zwischen England und den Vereinigten Staaten ein Bündnis der Art bestehen, daß bei Verwicklung des einen in einen Konflikt der andere zu wohlwollender Neutralität verpflichtet ist, so sprechen doch alle Anzeichen zum mindesten dafür, daß beim Kampfe um die Vormacht am Stillen Ozean England und die Union-Staaten Seite an Seite zu finden sein werden. Diesen Fall sieht der russisch-japanische Vertrag voraus, ebenso wie er die Möglichkeit vorsehen soll, „zu Kompensationszwecken“ weitere Abmachungen zu treffen, die sich auf den Fernen Osten beziehen.

Japan in China

Graf Okuma äußerte sich kurz vor seinem Abgang über den Einfluß des europäischen Krieges auf die japanische Politik wie folgt: „Der Grund, der Japan zur Kriegserklärung gegen Deutschland bestimmt hat, in Gemäßheit des englisch-

japanischen Bündnisvertrages, ist den Mächten durch die Erklärung der japanischen Regierung und das damals erlassene kaiserliche Dekret bekannt geworden. Inzwischen hat Japan Gelegenheit gefunden, seinem Verbündeten ebenso wie Rußland und Frankreich neue Beweise seiner Freundschaft zu liefern. Dieser Grundsatz war es auch, der uns veranlaßte, zusammen mit England die chinesische Regierung in der Frage der Wiederaufrichtung der Monarchie zu warnen, um eine Störung des Friedens im Fernen Osten zu verhindern, und der schließlich zur Unterzeichnung der Londoner Deklaration seitens Japans führte. Dadurch wurden die Entente-Mächte direkt und indirekt auf mancherlei Art und Weise unterstützt und ihre Sache in diesem Kriege gefördert.

Die Ursache für die Entwicklung der Freundschaft zwischen Japan und Rußland ist zweifellos in der rückhaltlosen Unterstützung zu suchen, die Japan Rußland während des Krieges gegen den gemeinsamen Feind ebenso hat angedeihen lassen wie England seinen Verbündeten. Nicht zuletzt ist diese Freundschaft das Ergebnis der vollkommenen Überzeugung auf Seiten der russischen Behörden und des russischen Volkes, daß Japan das Prinzip der territorialen Integrität und der Offenen Tür in China aufrecht erhält und eifrig bestrebt ist, den Frieden im Fernen Osten zu wahren. Wie das englisch-japanische Bündnis, so wird auch dieses Einvernehmen zur Sicherung des Weltfriedens und ganz besonders des Friedens im Fernen Osten beitragen. Die neuen Beziehungen zu Rußland und das englisch-japanische Bündnis sind dazu bestimmt, die Interessen der Mächte in China zu schützen und den ehrgeizigen Nationen zuvorzukommen, welche den Frieden des Orients zu stören trachten und die Länder des Ostens überfallen. Angesichts des Schicksals der Türkei, die den deutschen Machtgelüsten zum Opfer fiel, will das japanische Kaiserreich beizeiten verhindern, daß ein ähnliches Geschick China bereitet wird."

Die Tokyo Tsushinsha, ein japanisches Korrespondenz-Bureau, verbreitete kurz vor Juanshikais Tod folgende Auslassung einer hochstehenden diplomatischen Persönlichkeit:

„England nimmt, trotzdem sich Japan im Bündnis mit England auf Grund des englisch-japanischen Vertrages ernsthaft bemüht, den deutschen Einfluß in China auszuschalten, in China eine zu unserem großen Bedauern der japanischen Politik entgegengesetzte Haltung ein. Trotzdem England sich Japan angeschlossen, als dieses die Aufgabe der monarchistischen Pläne seitens Juanshikais forderte, kann es sich doch nicht dazu entschließen, mit seiner Juanshikai günstigen China-Politik gänzlich zu brechen. Im Gegenteil, es unterstützt offen und versteckt Juanshikai, entgegen dem Sinn der gemeinsam an die Pekinger Regierung gerichteten Ermahnung.

Besonders auffällig ist die Haltung der englischen Presse in China. Sie bemüht sich, die Chinesen zu beeinflussen, indem sie offen und lebhaft für Juanshikai eintritt. Zu gleicher Zeit senden die britischen Zeitungsleute schwarzgefärbte Berichte nach dem Mutterlande in der Absicht, eine jede Japan freund-

liche Politik der englischen Regierung zu hintertreiben. Ihre Argumente zugunsten Juanshikais sind das Ergebnis der Befürchtung, daß im Falle seines Sturzes die britische Politik in China eine gründliche Änderung erfahren und sie die Privilegien, die sie in China genießen, verlieren würden. Sie glauben, daß außer Juanshikai niemand die Lage in China beherrschen kann und wünschen, daß er im Amte bleibt, bis der europäische Krieg vorüber ist. Auf diese Weise zeigen sie ihren Eigennutz ohne jeden Rückhalt. Es ist klar, daß sie Juanshikai aus seinen gegenwärtigen Schwierigkeiten befreien möchten, damit England seine Stimme energisch bei der Lösung der ostasiatischen Probleme geltend machen kann. Sollten infolgedessen die Grundlagen des englisch-japanischen Bündnisses in Zukunft in bedauerlicher Weise erschüttert werden, so tragen die Engländer in China allein die Schuld daran."

Fast gleichzeitig mit dieser Auslassung brachten die Hauptvertreter der japanischen Presse die Nachricht, daß Sir John Jordan, der englische Botschafter in Peking, infolge der schwierigen Lage Chinas seine Rückkehr nach England, die im Mai erfolgen sollte, verschoben habe. Sofern aber Sir John Peking nicht bald verlasse, sei es unmöglich, daß die japanische und englische Regierung zu einem vollkommenen Einvernehmen mit Bezug auf ihre Chinapolitik gelangen. Nur wenn Sir John Peking verlasse und weitere Änderungen in den Vertretungen der Mächte in Peking Platz greifen würden, könne man auf den Beginn einer neuen und erprießlichen Ära in der Pekingener Diplomatie hoffen.

Hiermit im Zusammenhang verdient folgende, offenbar vom japanischen Auswärtigen Amt inspirierte programmatische Äußerung, die in der japanischen Presse zu finden ist, Beachtung:

"Da an einer stabilen Regierung in China sowohl die Chinesen selbst als auch die Ausländer interessiert sind, und eine solche Regierung, da Asien nun einmal nicht den Asiaten allein gehört, alle berechtigten Ansprüche der Nationen des Westens sowohl als auch der Chinesen und Japaner erfüllen muß, so bleibt, da die Chinesen sich bis heute zur Führung einer verantwortlichen Regierung nicht fähig erwiesen haben, nichts anderes übrig, als die Einsetzung einer Art Regierungs-Kommission, die sich einerseits aus Vertretern der ausländischen Mächte, andererseits aus Chinesen zusammensetzt. Schon jetzt steht fast jeder Zweig der Pekingener Regierung unter der Aufsicht von Ausländern. Mit jedem Tage verlieren die Chinesen mehr den Anspruch auf Selbstregierung. Da nicht nur die Ausländer, sondern auch sie selbst unter ihrer Unfähigkeit, geordnete Zustände zu schaffen, leiden, so müßte eine Regierungs-Kommission, wie die geforderte, von allen Seiten mit Freuden begrüßt werden; denn sie wäre in der Lage, endlich geordnete Verhältnisse in der chinesischen Verwaltung einzuführen, ohne daß prinzipielle Änderungen in der Regierung stattzufinden brauchten. Was die Organisation einer solchen Regierungs-Kommission anbetrifft, so wäre daran festzuhalten, daß bei gleichzeitiger Vertretung aller in

China stärker interessierten Mächte die führende Rolle (the actual controlling influence) Japan vorbehalten sein müsse. Selbstverständlich würden die Mittelmächte in einer solchen Regierung, wenn sie noch während des Krieges zustande kommt, so lange keine Vertretung finden können, bis der Friede wieder hergestellt ist."

Es ist interessant, das Echo solcher Äußerungen in der englischen Presse, speziell in den Blättern des Fernen Ostens und in der Londoner Presse, die jenen Ländern besondere Aufmerksamkeit schenkt, zu verfolgen. So schreibt „The London and China Telegraph“ vom 12. Juni:

„Japans Absichten mit Bezug auf China sind augenblicklich Gegenstand lebhafter Diskussion in einem Teile der Presse des Fernen Ostens. Wenn auch vieles dabei lediglich auf Gerüchte und eitle Spekulationen der Artikelschreiber zurückzuführen ist, so verdient der Gegenstand doch volle Aufmerksamkeit, und es sollte demgemäß mit größter Umsicht darüber berichtet werden. Weit davon entfernt, sehen wir aber, daß den japanischen Staatsmännern kritiklos allerhand wilde Eroberungspläne in Bezug auf China zugeschrieben werden. So wird uns berichtet, daß Japan eifrig die chinesischen Revolutionäre unterstütze, daß es im Begriff stehe, ein Abkommen mit Rußland zu unterzeichnen, das ihm die Vorherrschaft in China sichern würde, und daß mit Aussicht auf Erfolg Versuche gemacht werden, ein deutsch-japanisches Bündnis nach dem Kriege zustande zu bringen. Es wäre natürlich töricht, Japans starke Interessen in China zu übersehen oder anzunehmen, daß es nicht jede Gelegenheit benutzen wird, um diese Interessen mit aller Kraft wahrzunehmen. Aber es besteht kein Grund für die Annahme, daß Japan das nicht in freundschaftlichem Wettbewerb und Seite an Seite mit den anderen fremden Mächten durchzuführen beabsichtigt, die in China Interessen haben. In der Tat hat Baron Kato in einer jüngst gehaltenen Rede, die an die Adresse des englischen Volkes gerichtet war, mit Bezug auf das englisch-japanische Bündnis bemerkt, daß zeitweilige Meinungsverschiedenheiten zwischen den Alliierten keinen genügenden Grund für die Auflösung des Bündnisses abgeben, daß vielmehr die engen Beziehungen, die das Bündnis mit sich bringt, bei Auseinandersetzungen über die beiderseitigen Ansprüche ihre Nützlichkeit erweisen würden und so jeder unangenehme Konflikt vermieden werde. Das ist vielleicht,“ sagt der „London and China Telegraph“, „ein deutlicher Wink, der zeigen soll, daß Japan seine eigenen Interessen ungestört verfolgen will, aber es ist auch ein Beweis dafür, daß seine Absicht dabei ist, in Übereinstimmung mit den anderen Mächten zu handeln. Bevor wir überzeugendere Beweise haben, als die, die gegenwärtig zur Hand sind, nehmen wir die Verdächtigungen, die sich auf die Politik der japanischen Regierung in China beziehen, nicht ernst. Freilich vergessen auch wir die einundzwanzig Forderungen nicht, die Japan im vorigen Jahre China vorgelegt hat, doch dürfen wir daran erinnern, daß es schließlich auf den bedenklichsten unter denselben nicht bestand.“